

April 2022

Krah



Report

Zwischenbilanz
für den Sachsen
in Brüssel



Dr. Maximilian Krah



Maximilian Krah, geboren am 28.01.1977 in Räckelwitz bei Bautzen, aufgewachsen in Dresden. Einschulung 1983, Abitur am Kreuzgymnasium 1995, anschließend Wehrdienst und Jurastudium in Dresden. Erstes und zweites juristisches Staatsexamen, Promotion zum Dr. jur. Zudem postgraduales Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Columbia University in New York und der London Business School, Abschluss als Master of Business Administration. Als Rechtsanwalt zugelassen seit 2005, zahlreiche Mandate als Aufsichts- und Stiftungsrat, u. a. in Österreich, Lettland, Schweiz.

Dr. Krah war ab 1991 Mitglied der Jungen Union und ab 1996 der CDU. Austritt aus der CDU und Eintritt in die AfD 2016 wegen grundsätzlicher Ablehnung der Politik der Kanzlerin, nicht nur in der Frage der Migration. Er ist stellvertretender Vorsitzender der AfD Sachsen. 2019 ins Europäische Parlament auf Listenplatz 3 der Bundesliste der AfD gewählt.

Maximilian Krah ist Vater von sechs Kindern, verwitwet, wieder verlobt, und lebt in Dresden und Brüssel.

www.maximilian-krah.de

www.europarl.europa.eu

www.id-afd.eu



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

Halbzeit, das heißt (Zwischen-) Bilanz ziehen. Heißt, sich genau überlegen, wo und wofür man gestartet ist und wie weit man nun gekommen ist mit den ursprünglichen Anliegen.

Für einen Abgeordneten, der sowohl in Brüssel als auch in der Dresdner Heimat in der Opposition ist, ist diese Frage nicht immer leicht zu beantworten. Denn wir leben in unruhigen Zeiten, die Preise für Strom und Wärme in der heimischen Wohnung sind auf einem Höchststand, das liegt auch an einer Rekordinflation, aber eben auch an politischen Weichenstellungen, die sich heute erst bemerkbar machen. Strom kommt eben nicht aus der Steckdose, sondern meist aus einer Turbine. Ob die nun in einem Atom-, Gas-, Wasser- oder Windkraftwerk steckt, hat Auswirkungen auf die Sicherheit, mit der wir abends die Beleuchtung anschalten.

Dass Wind nicht immer weht, ist eine triviale Aussage, aber dass 24 Jahre nach dem Beginn der sogenannten Energiewende immer noch keine funktionierende Lösung für diese natürlichen Schwankungen gefunden werden konnte, ist eine Bankrotterklärung. Das politische Berlin hat damit eine ganze Reihe von Entscheidungen begonnen, ohne deren langfristige Auswirkungen auch nur im Geringsten vorhersehen zu können. Ob Migrationskrise, Atomausstieg, Kohleausstieg oder Aussetzung der Wehrpflicht – nichts hat auch nur im Ansatz so funktioniert, wie erträumt. Die Folgen dieser Politik nach dem Motto „es wird schon gut gehen“, werden noch unsere Kinder tragen müssen.

Gegen diese Art der Politik sind wir von der Alternative für Deutschland seit Beginn immer klar aufgestanden. Nicht nur in Dresden oder Berlin, sondern auch in Brüssel. Dort arbeiten wir gegen eine Bürokratie an, die mit dem Werkzeug der EU-Taxonomie nichts weniger als den Komplettumbau unserer Industriegesellschaft plant. Wer sich eingehender damit beschäftigt, wird feststellen, wie sehr dieses Monstrum an unserem Lebensstandard kratzen wird. Am Ende, so stellen es sich die Architekten hinter der Taxonomie vor, wird es zwei Volkswirtschaften geben. Die schöne grüne neue Welt, die sich einfach und schnell mit günstigen Krediten versorgen kann, und die „alte“ Welt, in der Autos gebaut und repariert werden und die eben (noch) nicht so grün ist. Dort werden Preise und Zinsen steigen, und so mancher Handwerksmeister wird jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Sie erfahren mehr darüber in meinem Halbzeitinterview auf Seite 7.

Bis es aber soweit ist, wünsche ich Ihnen viel Interesse und Freude beim Lesen.

Ihr Maximilian Krah



A photograph of Olaf Scholz, a German politician, wearing a dark blue suit, white shirt, and striped tie. He is looking slightly to the right with a serious expression. He is holding a light blue surgical face mask in his right hand. The background is blurred, showing what appears to be a public event or press conference.

Zur aktuellen politischen Lage

**Olaf Scholz und
seine Ampel-Koalition
isolieren Deutschland
in Europa**

Die für viele überraschende Ankündigung von Bundeskanzler Scholz, 100 Milliarden Euro neben dem üblichen Budget in die Bundeswehr zu investieren, hat viele im politischen Betrieb überrascht. Ausgerechnet die Sozialdemokraten – also die Partei, die seit Jahren der Bundeswehr noch jeden Wunsch abschlägt – setzen zusammen mit der Antimilitärpartei der Bündnisgrünen eine Aufrüstung durch, die die AfD stets gefordert hat. Wer aber meinte, dass damit die Reihe an Überraschungen schon vorbei sei, der wird sich verwundert die Augen gerieben haben, als der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck selbst eine Verlängerung der Fristen zum Ausstieg aus Atom und Kohle ins Spiel brachte. Dieselben Parteien und Funktionäre, die vor der Bundestagswahl nicht genug von Abrüstung und Klimapolitik bekommen konnten, vertreten heute nahezu das Gegenteil davon.

Das hat natürlich mit einem echten Sinneswandel wenig bis gar nichts zu tun. Im Grunde pflegen die Roten und die Grünen in den Ministerämtern weiterhin ihr pazifistisches und vorgeblich ökologisches, linkes Gedankengut. Aber die Realität hat die Ampel-Träumer eingeholt. Wie auch immer man zum Krieg in der Ukraine steht, dürften sich alle über einen Punkt klar sein: Mit dem russischen Angriff auf das Nachbarland ging in der Bundesrepublik die Zeit der politischen Träumereien abrupt zu Ende. Auf einmal wurde selbst dem letzten Staatssekretär klar, dass die Bundeswehr „so mobil wie eine Wanderdüne“ (Spiegel) ist und eine Verkehrswende mit mehr Elektroautos, -bussen und -rollern letztlich nicht davon abhängt, ob der Kauf dieser Geräte mit massiven Steuernachlässen bevorzugt wird, sondern davon, ob diese im Unterhalt günstiger sind als die Konkurrenz mit Verbrennungsmotor. Ohne günstigen Strom bleibt das Elektroauto noch mehr ein Nischenprodukt als ohnehin schon und günstiger Strom ohne günstiges Erdgas oder günstigen Atomstrom ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Eine harte Landung in der Realität also, die noch innerhalb der beteiligten Parteien für Diskussionen sorgen dürfte. Doch das Muster ist eigentlich seit Jahren bekannt: In linken Amtstuben und Redaktionsbuden formen Bürokraten und Journalisten schillernde Seifenblasen in allen Regenbogenfarben, die beim ersten Kontakt mit der Realität zerplatzen. Diese harte Realität, in der Strom nicht aus der Steck-

dose, sondern aus einem Kraftwerk kommt, bleibt letztlich das schärfste Argument für einen gesunden Konservatismus. Denn die Träumereien in Amts- und Redaktionszimmern kosten richtig Geld. Die kumulativen systemischen Mehrkosten für die Energiewende bis 2050 liegen je nach Randbedingungen zwischen 500 Milliarden Euro und mehr als 3000 Milliarden Euro. Das entspricht nach Angaben des ifo-Instituts pro Jahr im Durchschnitt 0,4 bis 2,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus dem Jahr 2018. Geld, das auch in die Energiesicherheit hätte fließen können. Viel Geld, das teilweise bereits jetzt unwiederbringlich verloren ist und das nun vor dem Hintergrund der neuen, harten Realität aus Ukrainekonflikt und Energiepreiskrise besonders vermisst wird. Denn Jahrzehnte linker Politik zu korrigieren, ist deutlich schwieriger als Jahrzehnte linker Politik zu verhindern – das geht fast jedes Jahr mit einer Stimmabgabe.

Unsere europäischen Nachbarländer haben vieles dieser Politik übrigens von Anfang nicht mitgemacht. Frankreich setzt stärker auf Atomstrom als andere Staaten und hat dafür gesorgt, dass europaweit der Ausstieg aus der Kernenergie vom Tisch ist. Die „europäischste Bundesregierung aller Zeiten“ wie Frau Außenministerin Baerbock die Ampel-Koalition nennt, ist in Europa so isoliert wie nur wenige Bundesregierungen vorher – auch das eine harte Realität. ■

Die Politisierung der Kunst

Was kann denn die Netrebko dafür?

Kunst als Politikum, daran hat man sich mittlerweile gewöhnt. Nicht erst seit den teilweise skurrilen Inszenierungen des Opernbetriebs in Bayreuth wissen die Deutschen, dass „einfach mal Musik hören“ nicht mehr so recht möglich ist. Auch beim Gang ins grüne Gewölbe in Dresden wird klar, dass man auch hier nicht sicher ist vor dem politischen Furor der modernen Inquisition. Konkret betroffen sind hier etwa 143 Exponate die angeblich „rassistische und diskriminierende Namen“ trugen. Eine „Zigeunermadonna“ etwa, oder ein „Eskimo mit Bulldogge“ - erstere heißt jetzt schlicht „Madonna mit stehendem Kind“, während aus dem „Eskimo“ ein „Inuit“ wurde. An der Bulldogge – immerhin – hat sich noch keiner gestört. Dass die Namen der Exponate aus ihrer eigenen Zeit stammten, somit ein Teil der Geschichte des Museums und seiner Sammlung sind? Geschenkt, heute zählt nur, was auf besonders korrekte Weise politisch ist. Unpolitisch, die Zigeunermadonna einfach mal Zigeuner sein lassen und den Siegfried im Ring des Nibelungen wagnergetreu als Held und nicht als nonbinäre Gestalt inszenieren? Geht nicht, der reine Kunstgenuss stellt die modernen Bilderstürmer nicht zufrieden.

Mittlerweile erstreckt sich der Furor auch auf alles, was entfernt mit Russland zu tun hat. Anna Netrebko, Operndiva mit Weltklasse, erhält nun Auftrittsverbote, ihre Verträge werden gekündigt und man schlägt ihr die Tür vor der Nase zu. Ihr Vergehen ist auf den ersten Blick eher gering. Sie hatte sich geweigert, sich von der Regierung im Kreml zu distanzieren. Denn Anna Netrebko hat einen russischen Pass, das genügt offensichtlich heute, um von Künstlern der Spitzenklasse eine bestimmte Positionierung einzufordern. Zwischen der eigenen Kunst und der Politik unterscheiden, das Politische in der politischen Sphäre zu belassen und Beruf und Privates zu trennen? Unmöglich in einer Zeit, in der das richtige Bekenntnis wichtiger zu sein scheint als das Können. Dabei hat die Sopranistin sogar neben der russischen Staatsbürgerschaft auch noch eine österreichische. Dennoch gilt für Anna Netrebko: keine Gnade.

Dabei könnte man sich durchaus fragen: Was kann denn die Netrebko dafür? Oder der russische Dirigent Waleri Gergijew, der nachdem er einer Aufforderung, sich „eindeutig zu distanzieren“ nicht nachgekommen war, von einer ganzen Reihe europäischer

Häusern vor die Tür gesetzt wurde. Von der Mailänder Scala bis zur Bayerischen Staatsoper, überall galt er plötzlich als mit dem Bösen im Bunde.

Dabei sind Netrebko und Gergijew nur die Spitze des Eisbergs, bis hinunter in die Backstube erstreckt sich der Wahnsinn. Eine Industriebäckerei in Baden-Württemberg wollte kürzlich den „russischen Zupfkuchen“ um sein länderspezifisches Adjektiv erleichtern. Immerhin, ein spontaner Aufschrei der Anständigen in den sozialen Netzwerken sorgte hier für eine Korrektur.

Eine verhängnisvolle Entwicklung, die ihren Anfang in der Umbenennung von Straßen und Kunstwerken nahm, findet hier ihre logische Konsequenz: in der ganz realen Ausgrenzung ganz realer Menschen, die sich zufällig auf der anderen Seite einer gesellschaftlichen Frontlinie finden und sich dann weigern, die von einem aufgebrachten Mob geforderte Aussage zu bringen. **Das ist totalitär und gefährlich, das ist unchristlich und es ist vor allem eines: uneuropäisch. ■**

Brüssel – Berlin – Dresden

Halbzeit für den Sachsen in Brüssel

Der einzige Ostdeutsche unter den zehn AfD-Abgeordneten im Europäischen Parlament ist Dresdner: Dr. Maximilian Krah. Er ist einer von vier sächsischen EU-Abgeordneten. Wir befragen ihn zur Halbzeit der Legislaturperiode.

Maximilian, Halbzeit in Brüssel und es ist Krieg in Europa. Was bekommt Ihr mit?

Eine unglaubliche Radikalisierung, die keinen Platz für Diplomatie oder auch nur Differenzierungen lässt. Die schöne Theorie, wonach die Parlamente das, was an politischen Emotionen im Volk vorhanden sind, versachlichen sollen, stimmt nicht; es findet eher eine weitere Verschärfung statt. Wer nicht die härtesten Sanktionen fordert, selbst wenn sie uns selbst mehr schaden als Russland, steht unter Verdacht.

Weshalb nun auch das Europäische Parlament die Aufnahme der Ukraine in die EU fordert.

Was ja sachlich betrachtet, komplett absurd ist. Die Ukraine erfüllt quasi keines der Aufnahmekriterien, abgesehen davon, dass wir uns damit alle in einen Krieg hineinbegeben würden. Das ist

keine rationale Politik mehr. Und es ist nicht die einzige aktuelle Forderung, die so verheerend ist. Der in der Tat verurteilenswerte russische Angriff auf die Ukraine führt zu Reaktionen in der EU, die mir zunehmend mehr Angst machen als der Angriff selbst, weil sie mich ja direkt betreffen.

Seit wann ist der EU die Ukraine so wichtig? Wie erklärst du dir diese massive, ja, Solidarisierung, die es ja bei vergleichbaren Konflikten nicht gab?

Weil es nicht nur um die Ukraine geht. Wer von den Politikern war schon mal da, erst recht außerhalb Kiews?

Du?

Allerdings, sogar mit Familie, mehrmals als Tourist, eigentlich im ganzen Land. Ich habe Freunde da, in den nun verfeindeten Lagern. Also, ich kenne

Land und Leute ein wenig, und mir tut diese Katastrophe deshalb unglaublich leid. Nur, was hier eigentlich auf dem Spiel steht, ist die politische Ordnung, die nach 1990 entstanden ist. Wir leben in der absoluten Dominanz des Westens, der mit seinen Institutionen von NATO bis EU und seinen Werten, den guten wie den weniger guten, die Welt regiert. Und Russland greift diese Ordnung an, bislang politisch, aber nun auch militärisch. Insofern fühlen sich jene, die diese Ordnung vertreten, persönlich angegriffen und agieren entsprechend hart. Das geht ja mittlerweile so weit, dass man russische Künstler feuert. Anna Netrebko, die größte Operndiva unserer Zeit, darf nicht mehr auftreten, dabei ist sie österreichische Staatsbürgerin. Dass sie gebürtige Russin ist und stolz darauf, reicht. Oder Playmobil liefert nicht mehr nach Russland, um russische Kinder zu bestrafen. Das ist irre. Und das trage ich nicht mit. Das ist für mich eine Frage des Anstands.

Worum geht es dir dann bei diesem Konflikt?

Bei Interesse an einer

**Besucherfahrt
nach Brüssel**

schreiben Sie bitte an mein Büro:
buero@maximilian-krah.de



Um die betroffenen Menschen. Die sitzen in Luftschutzkellern und haben Angst, verlieren das wenige, was sie haben, wenn sie wenigstens ihr Leben retten können. Die brauchen eine schnelle diplomatische Lösung, Waffenstillstand, Frieden. Das allein wäre schwer genug zu erreichen, aber meines Erachtens möglich. Stattdessen pumpt man den Konflikt zu einem Stellvertreterkrieg auf, hier der freie Westen, dort die Macht der Finsternis, womit es eigentlich keinen Kompromiss, keine Diplomatie mehr geben kann. Und jeder, der die einfordert, folglich zum Verdächtigen wird, der die gute Sache verrät. Die gute Sache, das sollte aber immer die Menschlichkeit sein.

Das würde Ursula von der Leyen sicher nicht anders sagen.

Aber anders meinen. Das Problem der EU, dieser Bürokratie in Brüssel, ist doch, dass sie weit weg ist. Weit weg von der Realität, vom normalen Leben. Menschlichkeit ist aber real. Dass ich in Frieden und Sicherheit leben kann, dass die Wohnung warm und der Kühlschrank voll ist, dass ich und meine Meinung zählen. Es geht nicht um viel, aber um das, was zählt: ein bisschen Frieden, ein bisschen Wohlstand, und ganz viel Respekt. Wenn man aber so weit von der Lebenswirklichkeit entfernt ist wie eine Machtzentrale in Brüssel, dann wird „Menschlichkeit“ zu einem abstrakten Konzept. Auch zu einem Machtinstrument. Und deshalb auch diese Unerbittlichkeit, wenn die eigene Position angegriffen wird. Denn natürlich vergreift sich Russland vollkommen im Mittel. Aber wieso deshalb in Deutschland der Energiepreis steigen muss, in München ein Dirigent nicht mehr dirigieren darf und jeder, der sich für eine schnelle, diplomatische Lösung einsetzt, dem Verdacht ausgesetzt ist, die Invasion zu befürworten, ist doch nicht nachvollziehbar. Statt zu versuchen, konkret diese Katastrophe zu überwinden, den Frieden und die Kooperation wiederzugewinnen, betätigt man eine Eskalationsspirale.

Maximilian, also bist du immer noch so kritisch gegenüber der EU wie zu Beginn deines Mandats?



Eher noch kritischer, weil ich nun en détail erlebe, wie die Maschine Brüssel funktioniert. Und das betrifft ja nicht nur die meines Erachtens falsche Reaktion auf die russische Aggression. Es ist ein dauerhafter Prozess, dass durch die EU die nationalen und regionalen Demokratien leerlaufen. Was die Regierungen in der Heimat nicht durchsetzen, schieben sie nach Brüssel ab, damit es als EU-Recht zurückkommt. Zudem ist Brüssel so weit weg von der Kontrolle der Bürger, dass Lobbyisten leichtes Spiel haben, den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen.

Aber nach der Theorie soll ja das Europäische Parlament genau das verhindern und Kontrolle schaffen.

Diese Theorie funktioniert aber in der Praxis nicht. Zum einen, weil die meisten Abgeordneten der anderen Parteien begeisterte EU-Anhänger sind und sich den europäischen Superstaat wünschen. Sie sind deshalb keineswegs Korrektiv der Eurokratie, sondern willige Helfer. Zum anderen aber auch, weil es natürliche Interessensgegensätze der verschiedenen Mitgliedsstaaten gibt. Die einen wollen mehr Geld, die anderen haben außenpoliti-

sche Interessen – und Deutschland ist immer nur einer von vielen und kann überstimmt werden. Wir haben es ja gerade in diesem Konflikt mit Russland gesehen: Deutschland hat sich lange um eine friedliche Lösung bemüht, eben weil es nationale Interessen hat, wurde aber immer überstimmt.

Du bist nun in einer rechten Fraktion. Könnt ihr überhaupt etwas bewegen oder seid ihr ausgegrenzt?

Natürlich verweigert man uns ebenso wie im Bundestag einen Vizepräsidenten im Parlament, auch haben wir keine Ausschussvorsitzenden, was ein klarer Bruch der eigenen Regeln ist. Und doch scheint mir, zumindest nach dem, was mir die Kollegen aus Berlin sagen, die parlamentarische Arbeit einfacher zu sein. Ganz einfach, weil es in den anderen Ländern schon länger rechte Oppositionsparteien gibt und daher eine gewisse Selbstverständlichkeit im Umgang eingeübt ist. Insofern hält man uns zwar bei den politisch und ideologisch aufgeladenen Themen raus, aber wir können uns bei eher technischen Fragen einbringen, die ja oft große praktische Bedeutung haben, etwa Handelsverträge.

Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen rechten Parteien? Man hört ja viel, auch, dass die AfD eher am Rande steht.

Nein, wir haben eine gute Kooperation. Innerhalb unserer Fraktion ohnehin, zu der etwa der französische Rassemblement National, die italienische Lega von Matteo Salvini oder die österreichischen Freiheitlichen gehören. Aber auch zu den sogenannten „gemäßigten Rechten“, etwa der polnischen PiS und der ungarischen Fidesz, haben wir gute Kontakte. Auch wenn es noch keine große, einheitliche Fraktion gibt, arbeiten wir zusammen. Die Bemühungen um eine Einheit laufen, aber sind schwierig. Das liegt nicht an der AfD, sondern etwa an den französischen Wahlen, bei denen nun zwei rechte Kandidaten antreten, sodass wir erst die Entwicklung abwarten müssen, ehe wir weiter voranschreiten können. Wichtig ist, dass EU-weit etwa ein Viertel der Wähler rechts wählt. Das müssen natürlich mehr werden, aber es ist schon beachtlich und ein großer Auftrag, etwas zu bewegen.

Derzeit scheint es noch nicht zu klappen, wenn ich dich richtig verstehe?

Nicht wie es könnte. Dazu spielen zu viele Unterschiede eine Rolle, auch Eitelkeiten. Die AfD und ich persönlich sind aber aktiv dabei, das zu überwinden. Rechte Parteien wollen eben das Beste für ihre Wähler und sind deshalb nicht so leicht zu einigen wie linke, denen Heimat und Vaterland nichts bedeuten und die einen EU-Staat wollen. Aber uns eint die Ablehnung der linken Wahnsinnsideen, und die Einsicht wird stärker, dass wir nur gemeinsam unsere Heimatländer retten können.

Welche Wahnsinnsideen sind das?

Die Liste ist lang. Beginnen wir mit der geplanten Reduzierung des Kohlendioxid ausstoßes um 55% in den nächsten Jahren; das ist das Ende der deutschen Industrie. Für Sachsen heißt das, dass die Energiewirtschaft in der Lausitz ebenso sterben wird wie die Autozuliefererindustrie in Westsachsen. Alles, was an Industrie die 1990er überlebt hat, steht auf der Kippe. Wenn

es um Familien geht, haben in der EU jene das Sagen, die unter Familie alles verstehen außer Mama-Papa-Kinder. Wer sagt, es gibt zwei Geschlechter, wird angegriffen und nahezu für verrückt erklärt, wer erklärt, es gäbe 43, beklatscht. Und wenn es um Krieg und Frieden geht, erschrecke ich regelmäßig über die Bereitschaft zu eskalieren. Jedes Land, das nicht ebenso links ist wie die EU, muss Sanktionen fürchten, jede Kriegsdrohung der USA wird begeistert unterstützt. Insgesamt ist eines klar: Für unsere Tradition und Geschichte hat man nichts als Ablehnung. Die EU ist ein Anti-Europa.

Also bist du weiter EU-kritisch?

Ja, und durchaus, weil ich pro-europäisch bin. Europa ist Heimat, Vielfalt, Kultur. Und nun schau dir an, was aus Brüssel kommt! Der Konflikt geht nicht zwischen Anhängern des Nationalstaats und Europa-Befürwortern. Sondern es ist ein Graben zwischen denen, die unsere Geschichte, Kultur, Identität bewahren wollen und jenen, die alles in einem globalistischen Brei auflösen wollen. Wollen wir hier selbst entscheiden, wer zu uns einwandert,

oder soll es offene Grenzen für jedermann geben? Wollen wir die Zusammensetzung unserer Bevölkerung erhalten, soll sie also geprägt werden von der deutschen Kultur und Tradition, oder sind wir verpflichtet, hier alles bunt und vielfältig zu machen? Soll es unser Land bleiben oder wird es eine Provinz eines Superstaats, zunächst europäisch, dann global? Bleiben wir Bürger und Souverän oder werden wir Untertan und Konsument? Die Fragen, um die es letztlich geht, sind sehr wohl grundlegend. Aber sie betreffen uns konkret. Die EU tendiert dazu, abstrakte Kämpfe zu führen, ohne sich über die ganz konkreten Auswirkungen Gedanken zu machen: Bewahren wir den Frieden, erhalten wir unseren Wohlstand, schützen wir unsere Heimat, retten wir unsere Freiheit?

Thema Wohlstand: Was wird mit dem Euro?

Er wird um jeden Preis erhalten, und dieser Preis sind die Ersparnisse der deutschen Mittelschicht.

Also Inflation?



Der regelmäßige Austausch mit den Kollegen im Bundestag und den Länderparlamenten gehört zum politischen Alltag.

Henri Malosse

MdEP Maximilian Krah

MdB Anton Friesen

Ich glaube nicht an eine Hyperinflation wie 1923. Aber eben das, was in Italien und auch Frankreich über Jahrzehnte lang und gäbe war: fünf bis zehn Prozent. Warum hatte denn die Lira so viele Nullen? Wir erleben schon jetzt eine Inflation über fünf Prozent. Eigentlich müsste die Zentralbank die Zinsen erhöhen. Täte sie es, wären Italien, Spanien, auch Frankreich nahezu pleite und müsste die Aufrüstung in Deutschland ausfallen. Also bleiben die Zinsen trotz Inflation niedrig, was die Geldentwertung weiter anheizt. Bislang haben wir es bei den Immobilienpreisen bemerkt; welcher Dresdner kann sich heute noch durch seinen Job Wohneigentum leisten? Aber nun merken wir es an den Energiepreisen, Handwerkerpreisen und so weiter. Diese Preissteigerungen sind politisch gemacht, die fallen nicht vom Himmel. Und die Politik kommt aus der EU. Leider fast immer mit Unterstützung, ja Druck, aus Berlin.

Und was bedeutet das für Dresden und Sachsen?

Dass wir uns entscheiden müssen. Wollen wir brav mitspielen? Dann ist das,

was wir seit 1990 aufgebaut haben, ebenso gefährdet wie das, was wir von unseren Vorfahren ererbt haben. Da passt es ja, dass man Kunstwerke im Grünen Gewölbe umbenannt und nicht mal vor Dieben schützen kann. Es ist ein Ausverkauf unserer Identität.

Was sollen wir denn tun?

Mut zum eigenen Weg, zu einem Nein. Dresden hat eine lange Partnerschaft mit Sankt Petersburg. Es ist eine Kleinigkeit, aber warum nutzen wir das nicht, gerade jetzt? Warum hat keines der in den letzten zwanzig Jahren nach Deutschland gekommenen internationalen Unternehmen seinen Firmensitz in Dresden? Wir entwickeln an unserer TU die Technik der Zukunft, aber Geld wird andernorts damit verdient. Kurzum: Wir haben hier Potenzial, eine Insel zu schaffen, in der wir uns dem Niedergang entgegenstellen: kulturell, ökonomisch, politisch. Seit fast zehn Jahren ist Dresden weltweit bekannt für seine wachen Bürger, für Demonstrationen und Gemeinsinn. Es begann mit Pegida, jetzt die Corona-Spaziergänge. Wir haben dafür viele Bewunderer und Freunde. Nicht im

Berliner Regierungsviertel oder bei ARD und ZDF, aber bei den vielen Vernünftigen in aller Welt. Diese Kontakte bestehen, ich baue sie auf, pflege sie. Sie wären dabei, wenn wir hier zeigen, was wir können und uns dem linken Unsinn entgegenstellen.

Versteht der Oberbürgermeister das nicht?

Dirk Hilbert ist seit Amtsantritt damit beschäftigt, die Bürger, die aktiv sind und sich für einen mutigen Dresdner Weg einsetzen, auszugrenzen und zu beschimpfen. Anstatt mit ihnen zu reden und sie einzubinden, organisiert er lieber Gegendemos und fordert die städtischen Angestellten per Dienst-E-Mail auf, daran teilzunehmen. Es ist wie vor 1989. Gerade jetzt, wo es um die Zukunft geht, wo wir uns gegen den Niedergang stemmen müssen, tut er entweder gar nichts oder das Falsche. Keine Idee, keine Vision, keine Ahnung.

Du bist einer von vier sächsischen Abgeordneten in Brüssel, der einzige aus Dresden. Hat sich die Stadtspitze mal an dich gewandt zur Koordination?

(Lacht) Natürlich nicht. Wenn wir uns auf irgendeinem Event sehen, gibt sich der Oberbürgermeister viel Mühe, mir aus dem Weg zu gehen. Hier geht es eben gerade nicht um das Wohl der Stadt, sondern um kleinliche Parteipolitik. Der Krahn ist von der ach so bösen AfD, mit dem reden wir nicht, egal, ob es der Stadt nutzt oder schadet. Und genau diese Borniertheit – etwas anderes ist es nicht – schadet unserem Dresden eben ungemein. In einem so schwierigen Umfeld, einer EU, die uns deindustrialisieren will, mit einem Zeitgeist, der uns die Identität nehmen will, und das angesichts einer realen Kriegsgefahr, können wir uns diese geballte Unfähigkeit nicht leisten. Wir müssen hier um jeden einzelnen Dresdner werben, weil unsere Stadt viel zu schön und wertvoll ist, als dass wir zulassen dürfen, dass sie ruiniert wird. Ich mag jetzt in Brüssel und Straßburg arbeiten, aber letztlich bleibt das immer mein eigentliches politisches Anliegen.

Maximilian, vielen Dank für das Gespräch. ■





Dresdner Gespräche

Direkter Link
zum Videokanal



Maximilian Krahl lädt regelmäßig interessante und fachkundige Gäste zur Diskussion aktueller politischer Themen nach Dresden ein.

Die Sendungen von jeweils ca. 60 Minuten Länge finden Sie als Video auf YouTube und als Podcast auf Spotify.



Die europäische Stadt. Bauen für die Zukunft.

Architektur ist weit mehr als umbauter Raum, wie es die Zeitgeistarchitekten interpretieren.

Carlo Clemens, Stadtrat Bergisch Gladbach
Thomas Ladzinski, Stadtrat Dresden
Peter Lutz, Unternehmensberater

Aufnahme: Oktober 2021



Hat das Abendland eine Zukunft?

„Abendland“ – ist das heute noch mehr als eine Phrase? Taugt das als politischer Kampfbegriff? Wie viel Zukunft steckt noch im „Abendland“?

Hans-Thomas Tillschneider, Islamwissenschaftler, MdL
Karlheinz Weißmann, Publizist und Historiker
David Engels, belgischer Althistoriker

Aufnahme: Mitte Februar 2022



Herausforderungen europäischer Geopolitik

Europa steht im Wettbewerb zu allen internationalen Regionen. Was sind die Herausforderungen an eine zukunftsgerichtete und erfolgreiche Politik.

Dr. Erik Lehnert, Institut für Staatspolitik
Prof. Dr. Harald Weyel, Mitglied des Bundestages
Artur Abramovych, Juden in der AfD

Aufnahme: Dezember 2021



Europäische Rechtsparteien zwischen Tradition und Zukunft

Wer sind die Freunde und Partner der AfD in Europa? Was unterscheidet die Rechtsparteien voneinander und was eint sie?

Tomasz Fröhlich, stellv. Bundesvors. Junge Alternativen
Antonin Brusek, Mitglied des Abgeordnetenhauses
Michael Scharfmüller, Info-DIREKT

Aufnahme: November 2021



Internationaler Handel nach Corona

Um Deutschland und Europa in Zukunft international wettbewerbsfähig zu halten, muss man aus der Pandemie Lehren ziehen.

Gert Volker Hildebrand, Chefdesigner Autoindustrie a.D.
Kurt Hörger, Geschäftsführer KEG GmbH
René Aust, MdL in Thüringen

Aufnahme: Oktober 2021





Demokratie Souveränität Individualität Freiheit Kultur

Wir verteidigen die Freiheit, unser christlich-abendländisches Erbe und die Souveränität der Nationalstaaten. Wir stehen für eine schlanke und starke EU, die sich auf ihre Kernkompetenzen beschränkt und nur dort handelt, wo es nötig ist. Wir streiten für ein Europa freier Vaterländer, die ihre Identität und Demokratie schützen. Entsprechend lehnen wir eine multikulturelle Migrationspolitik und offene Grenzen ab. Um all das zu erreichen, fordern wir in Brüssel und Straßburg eine sinnvolle Reform der EU.



IDENTITÄT UND DEMOKRATIE

MdEP Dr. Maximilian Krah
Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 – 1047 Bruxelles – Belgien
info@maximilian-krah.de

www.maximilian-krah.de
www.europarl.europa.eu
www.id-afd.eu

